

Abstimmungsempfehlung

SVP Muotathal, 13. Juni 2021



Eidgenössische Abstimmungen

NEIN Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung

Schweizer Eier, Schweinefleisch oder Poulet werden zu Luxusprodukten oder verschwinden

Mit der Trinkwasser-Initiative werden Vorschriften erlassen, die die Landwirte in ihrer unternehmerischen Tätigkeit enorm einschränken, respektive die Produktionskosten in die Höhe treiben. Speziell betroffen wären im tierischen Bereich das beliebte Geflügelfleisch, die boomenden Schweizer Eier sowie das meistkonsumierte Schweinefleisch.

Verfügbarkeit von einheimischen Lebensmitteln sinkt um mindestens 30 Prozent

Marktferne Bestimmungen schränken die einheimische Produktion stark ein. Bei verschiedenen Kulturen im Pflanzenbau wäre das Anbauisiko nach einer Annahme der Initiative zu gross. Die Bauernfamilien müssten diese aufgeben oder auf Direktzahlungen verzichten. Wenn sie verzichten, dann müssten sie auch die damit verbundenen ökologischen Leistungen nicht mehr einhalten.

NEIN Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Abwandern von Verarbeitungsbetrieben ins Ausland

Heute verarbeitet die Schweiz viel Kakao und Kaffee. Um den Bedarf der Industrie bei der Annahme der Initiative zu decken, würden 21 Prozent der weltweiten Bio-Kaffeeproduktion und 50 Prozent der weltweiten Bio-Kakaoproduktion benötigt. Die Importauflagen zwingen die Lebensmittelhersteller dazu, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.

Einkaufstourismus wird gefördert

Da die Auflagen nur für die Schweiz gelten und die Preise einseitig steigen, wird der Einkaufstourismus gefördert. Darunter leidet die Schweizer Wirtschaft.

NEIN Covid-19-Gesetz

Das Covid-Gesetz bleibt bis 2031 gültig

Wollen Sie Massnahmen ohne Ende? Wenn wir das Covid-Gesetz am 13. Juni nicht bachab schicken, bleibt es noch fast 10 Jahre in Kraft!

Widersprüche noch und nöcher

Das Covid-Gesetz ist ein **Desaster** für die Freiheit. Seit Beginn basieren die meisten Massnahmen auf Ungereimtheiten und führen zu einer monströsen Ungleichbehandlung. Während Grosskonzerne im Coronajahr 2020 Rekordgewinne abräumen, sehen wirklich betroffene Betriebe kaum Geld. KMU und Arbeitsplätze in vielen Branchen werden vernichtet!

NEIN CO2-Gesetz

Die Automobilisten zahlen auch beim CO₂-Gesetz die Zeche

Bis 2024 steigen die Treibstoffpreise um bis zu 10 Rappen pro Liter, ab 2025 um bis zu 12 Rappen. Rechnet man alles zusammen, steigt der Literpreis für Benzin in wenigen Jahren sogar um rund 20 Rappen. Jede Tankfüllung wird damit merklich teurer.

Ebenso steigen die Autopreise

Für Garagisten und Fahrzeugimporteure drohen drastische Sanktionen und Strafzahlungen, wenn die CO₂-Werte überschritten werden. Dies verteuert viele Modelle um einen vierstelligen Betrag.

Hinzu kommt

Neu sollen diese Gelder in einen Klimafonds fliessen und nicht mehr für den Strassenbau zur Verfügung stehen. Dies zeigt klar, dass sich das neue CO₂-Gesetz offen gegen den Autoverkehr richtet.

NEIN Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung vom Terrorismus (PMT)

Die Massnahmen treffen Kinder: Die Altersgrenze für das Verhängen der Massnahmen beträgt 12 Jahre, beziehungsweise 15 Jahre (Hausarrest). Das verstösst gegen die Kinderrechte. Die Schweiz überschreitet bei der Bekämpfung des Terrorismus damit gleich mehrfach die roten Linien der Menschenrechte.